

Hohenstein-Ernstthaler Anzeiger

Tageblatt

für Hohenstein-Ernstthal, Oberlungwitz, Gersdorf, Hermsdorf, Bernsdorf, Wüstenbrand, Ursprung, Mittelbach, Langenberg, Falken, Meinsdorf, Grumbach, Tirschem 2c.

== Weitverbreitetes Insertions-Organ für amtliche und Privat-Anzeigen. ==

Dieses Blatt erscheint mit Ausnahme der Sonn- und Festtage täglich nachmittags. — Zu beziehen durch die Expedition und deren Aus-
träger, sowie alle Postanstalten.
Für Abonnenten wird der Sonntags-Nummer eine illustrierte Sonntagsbeilage gratis beigegeben.

Abonnement:
Bei Abholung **Frei ins Haus**
monatlich 35 Pfg. monatlich 42 Pfg.
die einzelne Nummer 5 „ vierteljährlich 1. M. 25 Pfg.
Durch die Post bezogen 1.25 M. excl. Bestellgeld.

Insertionsgebühren: die sechsgespaltene Corpuzzeile oder deren Raum für den Verbreitungsbezirk 10 Pfg., für auswärts 12 Pfg. Reklamen 25 Pfg. Bei mehrmaliger Aufgabee Rabatt.
Annahme der Inserate für die folgende Nummer bis **vorm. 10 Uhr.** Größere Anzeigen abends vorher erbeten.

Nr. 252.

Fernsprecher Nr. 151.

Donnerstag, den 29. Oktober 1903.

Geschäftsstelle: Bahnstr. 3.

30. Jahrgang.

Das Schulgeld und Fortbildungsschulgeld auf das 4. Vierteljahr (Monate Oktober bis mit Dezember) 1903 ist längstens bis

zum 11. November d. J.

an die hiesige **Stadteinnahme** — Rathaus, Zimmer Nr. 2 — abzuführen.
Hohenstein-Ernstthal, am 24. Oktober 1903.

Der Stadtrat.

Dr. Volker, Bürgermeister.

Bekanntmachung,

die Einkommen- und Ergänzungssteuererklärung betr.

Aus Anlaß der im Laufe des nächsten Jahres stattfindenden allgemeinen Einschätzung zur Einkommen- und Ergänzungssteuer werden zur Zeit Aufforderungen zur Deklaration des steuerpflichtigen Einkommens und bez. Vermögens ausgesendet.

Denjenigen, welchen eine derartige Aufforderung nicht zugesendet werden wird, steht es frei, Deklarationen über ihr Einkommen bez. ihr ergänzungssteuerpflichtiges Vermögen bis

zum 12. November 1903

bei dem unterzeichneten Gemeindevorstand einzureichen.

Zu diesem Zwecke werden bei letzterem Deklarationsformulare unentgeltlich verabfolgt.

Gleichzeitig werden alle Vertreter von Personen, die unter Vormundschaft oder Pflegschaft stehen, ingleichen alle Vertreter von juristischen Personen (Stiftungen, Anstalten, eingetragenen Vereinen, eingetragenen Genossenschaften, Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien, Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Bergwerksgesellschaften 2c.), sowie die Vertreter von sonstigen mit dem Rechte des Vermögenserwerbs ausgestatteten Personenvereinen und Vermögensmassen aufgefordert, für die Vertretenen, soweit dieselben ein steuerpflichtiges Einkommen oder ergänzungssteuerpflichtiges Vermögen haben bez. in Ansehung der Ergänzungssteuer der Steuerpflicht überhaupt unterliegen, Deklarationen bei dem unterzeichneten Gemeindevorstande auch dann einzureichen, wenn ihnen deshalb besondere Aufforderungen nicht zugehen sollten.

Gersdorf Bez. Chemnitz, am 26. Oktober 1903.

Der Gemeindevorstand.

Göhler.

Die Lage in Italien.

Eine große Vergangenheit gehabt zu haben, der man keine gleichwertige Gegenwart entgegenstellen kann, ist im Völkerverleben immer ein Malheur. Wir leben das an den Spaniern, Griechen und Ungarn und in gewissem Maße auch an Italien. Wer im Großen gewirtschaftet hat, verlernt es, sich einzurichten, mit wenigem Haus zu halten und wieder vorwärts zu kommen. Wie im Leben des einzelnen, so auch in dem der Völker. Italien, das an Erinnerungen und Kunstschätzen reiche Land der Sehnsucht der Dichter, Maler und Bildhauer, Italien, das sonnige Land, das seinen Einwohnern das Leben so leicht macht, ist zu gleicher Zeit das Land der größten Armut. Seine wirtschaftliche Lage ist die denkbar unfruchtbarste. Die sozialen Verhältnisse bestimmen aber in hohem Grade die politische Gestaltung eines Staates, und daher ist auch die politische Lage Italiens weniger erfreulich, als es zu wünschen wäre. Die Zustände, die auf der apenninischen Halbinsel herrschen, haben durch die Abgabe des Zarenbesuches in Rom vor aller Welt eine schlimme Kritik erfahren. Das Urteil ist über Gebühr hart ausgefallen; ganz ungerechtfertigt war es, wie man leider eingesehen muß, nicht.

Wenn irgend ein Volk die ihm durch die Verfassung gewährleisteten Rechte schlecht benutzt hat, so ist es das italienische. Die Parteiverhältnisse in der Deputiertenkammer sind die denkbar ungünstigsten. Selbst starke Regierungen haben der parlamentarischen Opposition gegenüber je und je einen äußerst schweren Stand gehabt. Immerhin vermochten ein Cavour und ein Crispi große auszurichten, was man von den leitenden Männern der neueren und neuesten Zeit nicht behaupten kann. Seit Crispi in dem Bemühen, die Finanzwirtschaft Italiens zu reformieren, gestürzt wurde, haben die italienischen Ministerpräsidenten einen großen Plan nicht mehr gefaßt; so laut das Volk auch nach Reformen rief, die bessernde Hand wurde nicht angelegt. Wer wirklich einmal eine ernstlichen Anlauf zur Besserung nahm, zerplitterte schnell seine Kräfte im Kampf mit der vielköpfigen Hydra der Opposition und nahm bald mehr Verdacht auf seine Selbsterhaltung als auf die Forderungen des Volkes. So geht es im großen und ganzen schon seit Crispi's Sturz, also seit dem Jahre 1891. Auch der energiegelbe König Viktor Emanuel III. hat während seiner bisherigen Regierung an der Lage nichts wesentliches zu ändern

vermocht. Vielleicht werden jetzt durchgreifende Maßregeln ergriffen.

Viktor Emanuel empfindet die Zarenabgabe aufs schmerzlichste und hat mit dem ihm eigenen scharfen Blick auch schnell erkannt, wo der Grund des Übels liegt, von dem Italien betroffen wurde. Er hat, was immer auch zur Vertuschung der Tatsache behauptet werden mag, seinen Ministerpräsidenten Zanardelli für den Italien widerfahrenen Verdruf verantwortlich gemacht. Zanardelli hat der Opposition, besonders der äußersten Linken gegenüber, nach der Ansicht des Königs die erforderliche Festigkeit fehlen lassen. Nicht bloß in der Frage des Zarenbesuchs, sondern auch in anderen politischen Fragen. Der König will dafür sorgen, daß derartige Zeichen der Schwäche hinfür nicht gegeben werden, daß vielmehr die erforderliche Festigkeit fehlen lassen. Nicht bloß in der Frage des Zarenbesuchs, sondern auch in anderen politischen Fragen. Der König will dafür sorgen, daß derartige Zeichen der Schwäche hinfür nicht gegeben werden, daß vielmehr die erforderliche Festigkeit fehlen lassen.

Eine starke Regierung, das ist es, was Italien vor allen Dingen not tut. Eine Regierung mit einem klaren und bestimmten Programm, die nicht nur den Willen, sondern auch die Kraft zum Handeln besitzt. Die Minister müssen ganze Männer sein und durch ihre Worte und Taten Anerkennung zu erzwingen wissen. Sie müssen sich eine zuverlässige Mehrheit in der Kammer zu gewinnen verstehen, um mit deren Hilfe ans Werk zu gehen. Große und bedeutende Aufgaben gilt es zu lösen. Soll Italien nicht ernstlich rückwärts gehen und in den Sumpf geraten, dann muß es vorwärts und in die Höhe dringen. Es muß der entscheidenden Not, unter welcher die Arbeiterbevölkerung Italiens leidet, durch eine verständige Gesetzgebung entgegen gearbeitet werden, es müssen die Kräfte der ungezählten Faulenzer des Landes für die Wohlfahrt des ganzen Ausgenützt werden, es muß eine Finanzreform in Staat und Kommunen erfolgen. Geht es mit dem alten Schlandrian weiter, dann wächst die anarchische Gefahr ins Unermeßliche, dann führt die immer mehr um sich greifende Unzufriedenheit zu den allerbedenklichsten Zuständen.

Die wahren Freunde Italiens wissen und würdigen es, daß das Land an dem Dreibunde jederzeit einen starken Halt und Schutz gehabt hat. Der König und seine Regierung halten deswegen auch am Dreibunde fest, so laut in gewissen Kreisen auch dem Verlangen nach dem Austritt Italiens aus dem Bunde Ausdruck gegeben wird. Auch die Annäherung Italiens an Frankreich will in dieser Beziehung nichts befehlen. Ebenso wissen aber die beiden anderen Kontrahenten des Drei-

bundes, daß sie in Italien einen erprobten und schätzenswerten Bundesgenossen besitzen, an dessen Ergehen sie den aufrichtigsten Anteil nehmen. Und allseitig wird dem jugendlichen Könige der Wunsch dargebracht, daß es ihm gelingen möge, für sein Ministerium Männer zu finden, die mit starker Hand die Zügel der Regierung führen, die notwendigen Reformen durchsetzen und dem Lande den inneren Frieden wiedergeben.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Zur Wiesbadener Kaiserbegegnung, deren nun auch die „Nordd. Allg. Ztg.“ Erwähnung tut, wird gemeldet, daß die Anregung zu der Zusammenkunft von Zaren Nikolaus ausgegangen sei. Der Zar habe dem deutschen Kaiser in einem Telegramm den Wunsch ausgedrückt, er möchte Deutschland nicht verlassen, ohne seinen Freund, den Kaiser, gesehen und gesprochen zu haben. Kaiser Wilhelm habe diese Anregung mit herzlicher Bereitwilligkeit aufgenommen und dem Zaren vorgeschlagen, damit ihm so wenig Unannehmlichkeiten wie möglich erwüßten, die Begegnung in dem Darmstädter so nahe gelegenen Wiesbaden stattfinden zu lassen. Es soll nicht ausgeschlossen sein, daß der Zar vom Grafen Lambsdorff begleitet sein wird, in welchem Falle auch der deutsche Reichszentraler Graf Bülow der Zweifelsbegegnung beiwohnen würde. Ferner wird dem „V. L.“ aus Wiesbaden gemeldet, daß der Aufenthalt des Kaisers Wilhelm daselbst auf drei bis vier Tage bemessen sei. Der Zar kommt wohl nur auf einen Nachmittag, wenigstens wird bezüglich seiner Aufenthaltsdauer an den ursprünglichen Meldungen nichts geändert. Zum Schutze des Zaren sind außer der Wiesbadener Garnison drei Münzregimenten kommandiert worden.

Zum Oberpräsidenten von Ostpreußen an Stelle des erkrankten Frhn. v. Nitzsch ist nach dem „V. L.“ der Regierungspräsident in Potsdam, v. Moltke, ein Neffe des Feldmarschalls ernannt worden. Der neue Oberpräsident Friedrich v. Moltke, der als ein hervorragender tüchtiger Beamter und als makroloher Charakter gilt, ist der dritte Sohn des 1871 verstorbenen Landrats Adolf v. Moltke, dessen ältester Sohn Wilhelm Erbe des Generalfeldmarschalls geworden ist und auch dessen Grafentitel übernommen hat.

Der russische Minister des Auswärtigen Graf Lambsdorff trifft am heutigen Mittwoch in Paris ein und hatet zunächst dem Präsidenten Loubet einen Besuch ab, dem er angeblich ein Handschreiben des Zaren überbringt. Mit dem Minister des Auswärtigen Delcassé wird Graf Lambsdorff wiederholte Unterredungen haben. Am Donnerstag findet ein Ausflug nach Versailles, am Freitag Frühstück bei Delcassé statt. Am Sonnabend verläßt Graf Lambsdorff Paris wieder, um zum Zaren nach Darmstadt zurückzukehren. Daß der Besuch Lambsdorffs in Paris prinzipielle politische Bedeutung besitzt, liegt auf der Hand. Die Tugend der Verschwiegenheit ist in Frankreich eine seltene Blume; daher erfährt man über den Zweck des Besuchs wohl bald noch genaueres.

Der in Frankfurt a. M. tagende erste deutsche Arbeiter-Kongress hatte an den Kaiser ein Huldigungstelegramm gerichtet, auf welches nun folgende Antwort eingegangen ist: „Ich spreche den zum ersten deutschen Arbeiterkongress versammelten Vertretern der deutschen Arbeiterschaft für den Huldigungsgruß und die Versicherung monarchischer Treue herzlichsten Dank aus. Ich werde die Beratungen des Kongresses mit meinem Interesse begleiten und auch in Zukunft Anregungen und Maßnahmen, welche geeignet erscheinen, das Wir und Meiner Regierung am Herzen liegende Wohl der deutschen Arbeiterschaft zu fördern, gern meinen Schutz und Beistand zuteil werden lassen.“

Oesterreich-Ungarn.

Der böhmische Landtag ist auf unbestimmte Zeit geschlossen worden, da die Deutschen ihre Interessen nur durch fortgesetzte Obstruktion zu schützen vermochten, infolge deren die Arbeiten nicht von der Stelle kamen.

In Wien ist der ehemalige Vertrauensmann des ermordeten Serbenkönigs eingetroffen, um die von der Königin Draga bei Wiener Gelseninstituten hinterlegten Gelder für die erbberechtigten Schwestern abzuheben. Er kassierte auf Grund der Vollmachten bei der österreichischen Sparkasse einen Betrag von 130 000 Kronen ein, welchen Draga kurz vor ihrer Ermordung hinterlegt hat, und bei der Untenbank 23 000 Kronen. Der Hofjuwelier Röcher verweigert die Herausgabe der ihm von der Königin zur Reparatur übergebenen Schmuckstücke, wenn nicht seine Forderung von mehreren tausend Kronen beglichen wird.

Frankreich.

Auf die Gefahr eines französisch-kolumbischen Konflikts macht der Pariser „Matin“ aufmerksam, indem er schreibt: Wie nach Newyorker Meldungen verlautet, beabsichtigt die Regierung von Kolumbien, sich der Besitzrechte der französischen Panamagesellschaft zu bemächtigen. Kolumbien will dies dadurch erreichen, daß es entweder die Rechte Frankreichs als verfallen betrachtet, oder dadurch, daß es eine Verlängerung der Konzession bis 1910 für verfassungswidrig erklärt. Der „Matin“ fordert die französische Regierung einbringlich auf, die Besitzrechte der Panamagesellschaft, für die von den Vereinigten Staaten von Nordamerika eine Entschädigung von 210 Millionen Frank geboten worden ist, mit aller Entschiedenheit, nötigenfalls durch die Entsendung von Kriegsschiffen zu schützen. Soweit wird es Kolumbien selbstverständlich nicht kommen lassen, es würde sonst außer allen anderen Schäden auch noch die Kosten der französischen Expedition zu tragen haben.

Spanien.

Ueber Bilbao ist gestern der Belagerungsstand verhängt worden. Die ausländischen Bergleute zwangen die Arbeitswilligen durch Steinwürfe und Stockhiebe, die Bergwerke zu verlassen. Gendarmen mußten einschreiten. Ferner zerstörten die Ausländer ein Wasserreservoir der Bergwerksbahn in Galbames mittels Dynamit und drohten, auch die Wasserreservoirs anderer Bahnen in die Luft zu sprengen. (S. Telegramme!)

Die Kindesunterziehung der Gräfin Kwilecka vor Gericht.

Berlin, 27. Oktober. Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Leuschner, eröffnet die Sitzung des zweiten Verhandlungstages um 9¹/₂ Uhr und vernimmt die Angeklagte

Hebamme Katharina Drowka.

Sie ist des Meineides und der Beihilfe zur Kindesunterziehung angeklagt. In dem Zivilprozeß in Posen am 30. März 1901 ist sie als Zeugin vernommen worden. Damals hat sie unter ihrem Eide bekundet: In den Jahren vor der Geburt des Knaben habe sie die Gräfin massiert und auch auf den sonstigen Zustand untersucht und konstatieren können, daß sie in anderen Umständen sei. Vor ihrer Vernehmung in Posen hatte sie der Gräfin auf deren Wunsch ein Attest ausgestellt, wonach sie die Gräfin im Jahre 1897 massiert habe und bescheinigen könne, daß diese in geeigneten Umständen gewesen sei. Diese Aussage ist, wie die Angeklagte jetzt aussagt, wesentlich falsch gewesen. Sie erzählt u. a.: Frau Gräfin hat mich rufen lassen und gesagt, soll ich sie massieren. Hab' ich es damals nicht gekannt, hab' aber gelernt und habe Gräfin massiert. Dabei hat sie mir manches erzählt von Kind und von Verwandte, die ihr das Kind ankämpfen. Eines Tages wurde mir gesagt, soll aufhören mit Massieren, auch Fräulein Marie sagte, Frau Gräfin soll sich nicht mehr massieren lassen, manche Leute sterben bei Massieren. Das kleine Graf war damals schon acht Monate alt! Dann schickte Frau Gräfin wieder zu mir, ging ich auf Schloß, Frau Gräfin und ich befanden uns allein. Sie sagte mir, ich sollte ihr helfen, Hebamme sei gestorben und hat sich keine Beweise für Geburt. Da hat mir Frau Gräfin leid getan, ich dachte an das kleine Graf und an die gnädigen